Aktueller Begriff

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Afrika – Ein Kontinent vor großen Herausforderungen

Wenn die Staats- und Regierungschefs der G8 vom 6. bis 8.Juni 2007 in Heiligendamm zu ihrem 33. Treffen zusammenkommen, wird ihr Programm unter dem Leitmotiv des globalen Wachstums und der Verantwortung für die sog. Entwicklungsländer stehen. Sie nehmen damit ein Thema wieder auf, das bereits den ersten Weltwirtschaftsgipfel der G6 1975 in Rambouillet bei Paris beschäftigt hatte. So geht die „Erklärung von Rambouillet", auf die sich die Staats- und Regierungschefs abschließend einigten, in zwei Absätzen auf die Probleme in den Entwicklungsländern ein, konstatiert die Notwendigkeit eines „baldigen praktischen Handelns" zu ihrer Unterstützung und unterstreicht, dass gerade den ärmsten Entwicklungsländern der Vorzug bei Hilfe und Unterstützung einzuräumen sei.
Damals wie heute werden vor allem Länder des afrikanischen Kontinents im Mittelpunkt der Diskussionen stehen, die sich enormen Herausforderungen gegenüber sehen, welche nicht zuletzt auch aus der Geschichte dieser Länder herrühren.
Mit einer Fläche von 30,3 Millionen km² nimmt Afrika 22 % der gesamten Landfläche der Erde ein, und es stellt mit etwa 924 Millionen Einwohnern 14 % der gegenwärtigen Weltbevölkerung. Die Bevölkerungswachstumsrate Afrikas beträgt 2,3 %, der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren liegt in Afrika derzeit bei ca. 42 %. Die Lebenserwartung der Frauen liegt bei 53, bei Männern bei 51 Jahren. Zu den bevölkerungsreichsten der insgesamt 53 unabhängigen und souveränen Staaten Afrikas zählen Nigeria, Ägypten und Äthiopien. Ist der Norden Afrikas überwiegend durch arabische Einwohner geprägt, lebt die überwiegend schwarzafrikanische Bevölkerung in den Ländern südlich der Sahara, dem subsaharischen Afrika. Politisch, vor allem entwicklungspolitisch, aber auch wissenschaftlich werden unter „Afrika" insbesondere diese Staaten südlich der Sahara verstanden.
Mit wenigen Ausnahmen – so zum Beispiel Äthiopien – gehen die territorialen Grenzen der afrikanischen Staaten noch auf die Einteilungen der ehemaligen europäischen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich, Belgien, Portugal, Spanien, Italien und auch Deutschland zurück. Diese hatten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts große Gebiete des rohstoffreichen afrikanischen Kontinents – willkürlich und ohne Rücksicht auf kulturelle und Stammesgrenzen – unter ihre Herrschaft gebracht. Dieses Vorgehen der Kolonialherren führte zu weitreichenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verwerfungen, deren Folgen bis heute noch spürbar sind und die afrikanischen Länder vor allem dann vor enorme Herausforderungen stellen, wenn es um den Aufbau oder die Konsolidierung ihrer Staatswesen geht.

Zwar blieb die koloniale Vorherrschaft der Europäer in Afrika, trotz wachsenden Widerstandes afrikanischer Unabhängigkeitsbewegungen, auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst weitgehend unangetastet. Ende der 1950er Jahre aber begann der Dekolonisierungsprozess der afrikanischen Staaten – am 6. März 1957 erlangte Ghana als erster afrikanischer Staat südlich der Sahara nach dem Krieg die Unabhängigkeit – , der im Wesentlichen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre seinen Abschluss fand. So konnte bereits im Mai 1963 in Addis Abeba von damals 30 unabhängigen afrikanischen Staaten die „Organization of African Unity" (OAU) gegründet werden, um u.a. die Einigung des gesamten Kontinents zu fördern, eine Koordinierung der innerafrikanischen Zusammenarbeit zu gewährleisten und die territoriale Integrität der Mitgliedstaaten zu sichern. Die innerstaatlichen Konflikte aber, die alsbald in den unabhängig gewordenen Staaten zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen ausbrachen, konnte die OAU aufgrund ihres Prinzips, sich nicht in die Angelegenheiten ihrer Mitgliedstaaten einzumischen, nicht wirksam eindäm-

men. Im Juli 2002 wurde in Durban die OAU durch die „African Union“ (AU) abgelöst. Die 53 Mitglieder der AU – 52 afrikanische Staaten sowie die von Marokko annektierte Westsahara – versprechen sich vom Aufbau dieser Organisation nicht nur eine Stärkung und Fortentwicklung der innerafrikanischen Zusammenarbeit, sondern auch ein stärkeres Gewicht der Staaten des afrikanischen Kontinents in der internationalen Politik. Ziele der AU, die auch bereit ist, zur Verhinderung von Kriegen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu intervenieren, sind vor allem die Förderung von politischer Stabilität, wirtschaftlichem Wachstum und von Menschenrechten. Geplant ist auch die Einrichtung von Institutionen wie zum Beispiel eines afrikanischen Gerichtshofes und einer afrikanischen Zentralbank. Eine weitere Initiative zur Entwicklung des Kontinents ist die im Oktober 2001 in Abuja ins Leben gerufene "New Partnership for Africa's Development" (NEPAD). Ihr gehören heute alle 53 Mitglieder der AU an, die sich zu mehr Eigenverantwortung bei der Bewältigung der Herausforderungen der afrikanischen Staaten bekennen, so etwa die Beachtung der Prinzipien guter Regierungsführung (Good Governance), die Gewährleistung von mehr Transparenz bei politischen Prozessen und die Bekämpfung von Korruption. Außerdem unternehmen zahlreiche Staaten Afrikas erhebliche Anstrengungen, um Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit voranzutreiben und das Gewaltmonopol des Staates zu sichern.

Trotz dieser positiven Entwicklungen können die Herausforderungen im Bereich von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft noch längst nicht als überwunden gelten. Zwar wächst in Afrika die Zahl funktionierender Demokratien, doch befinden sie sich insgesamt noch in der Minderheit. Hinzu kommt die politische und gesellschaftliche Instabilität vieler Regionen, die immer wieder zu Bürgerkriegen und zwischenstaatlichen Konflikten führt. Trotz ökonomischer Erfolge in einigen afrikanischen Staaten konnte Afrika insgesamt Armut und Unterentwicklung nicht nachhaltig überwinden. Eine industrielle Entwicklung ist nur in wenigen Staaten zu verzeichnen. Auch der innerafrikanische Handel ist bisher nur gering ausgeprägt. Er wird u.a. durch mangelnde Transport- und Kommunikationsnetze sowie Zollschranken in seiner Entwicklung gehemmt. Die meisten nationalen Wirtschaften in Afrika sind stark vom Export ihrer mineralischen Rohstoffe sowie ihrer landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse abhängig. Auch die Handelsschranken und die Subventionierung eigener landwirtschaftlicher Produkte innerhalb der Industriestaaten erschweren die ökonomische Entwicklung Afrikas – eine Herausforderung, vor die sich Industrie- wie Entwicklungsländer gleichermaßen gestellt sehen. Der überwiegende Teil der afrikanischen Länder südlich der Sahara gehört nach Angaben der UNO zu den ärmsten Regionen der Erde. Der Anteil des afrikanischen Kontinents an der weltweiten Wirtschaftsleistung sowie am Welthandel beträgt nur wenige Prozentpunkte. 70 % der Exporte Afrikas entfallen alleine auf die sechs Länder *Algerien, Angola, Libyen, Marokko, Nigeria und Südafrika*. Auch die Globalisierung hat bisher mit Ausnahme des Rohstoffbereichs nicht zu einer stärkeren Integration des afrikanischen Kontinents in die internationale Arbeitsteilung geführt, auch wenn in den vergangenen Jahren die Wachstumsraten im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor gestiegen sind. Erschwerend kommt hinzu, dass Afrika mit über 300 Mrd. US-Dollar der am höchsten verschuldete Kontinent ist und zu den weltweit größten Empfängern von Zuwendungen aus der Entwicklungszusammenarbeit mit den Industrieländern zählt.

Neben diesen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen bilden schließlich die starke Ausbreitung der Pandemie Aids und der überwiegend schlechte Zustand des Gesundheitswesens eine Herausforderung, die dringend bewältigt werden muss. In den afrikanischen Staaten südlich der Sahara leben ca. 70 % aller weltweit HIV-infizierten Menschen und 90 % aller Aidswaisen. Dabei sind besonders viele Menschen im jüngeren und mittleren Alter von Aids betroffen.

Nachdem der G8 - Gipfel in St. Petersburg 2006 für die afrikanischen Staaten enttäuschend verlief, soll das Greifswalder Treffen das Fundament legen für den gezielten Aufbau von Reformpartnerschaften. Die globale Verantwortung der reichsten Staaten der Welt für einen Kontinent, der sich enormen Herausforderungen unterschiedlichster Art gegenüber sieht, soll unterstrichen werden.

Literatur:

- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2006). Länderdatenbank. Afrika. Demographische Faktoren http://www.dsw-online.de/info-service/region.php [Stand: 23.05.2007].
- Hofmeier, Rolf; Mehler, Andreas (2004). Kleines Afrika-Lexikon. Politik. Wirtschaft. Kultur, München.
- Jakobeit, Cord (2006). Fünf Jahre NEPAD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 32-33, Bonn, S.21-24.
- Meyns, Peter (2006). Afrika zwischen Autokratie und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 32-33, Bonn, S.3-14.
- Schiessl, Michaela (2007). Not für die Welt. Die Agrarsubventionen reicher Länder zerstören die Existenz afrikanischer Bauern, in: Der Spiegel, Nr. 19/2007.
- Tetzlaff, Rainer; Jakobeit, Cord (2005). Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Wiesbaden.

Verfasser/in: RR z.A. Kolja Bartsch, Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik